

AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7120**. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7121** ab. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen somit über den Einzelplan 04 ab, und zwar über den Einzelplan selbst nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan so zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der **Einzelplan 04 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 08  
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung**

**a) Kommunales und Heimat**

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion der Kollegin Stock das Wort.

**Ellen Stock** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Städte, Gemeinden, Kreise – was würden wir ohne unsere Kommunen tun? Die Antwort lautet: ehrlicherweise sehr wenig. Ob Personalausweis, Baugenehmigung, Elterngeld, Kita, Schule, Tierschutz, Straßen, Kultur, Rettungsdienst, Feuerwehr, Gesundheit, Wirtschaftsförderung, Tourismus oder

Sport, nicht selten auch Wasser, Abwasser, Müllabfuhr: Die Kommunen kümmern sich um die wichtigsten Lebensbereiche, die fast jeden Menschen auf die eine oder andere Weise betreffen.

Wenn es unseren Kommunen in Nordrhein-Westfalen schlecht geht, geht es den Menschen in Nordrhein-Westfalen auch schlecht. Das müssen wir hier einmal festhalten. Deshalb müssen wir uns fragen: Wie geht es denn unseren Kommunen in Nordrhein-Westfalen?

Wenn man den Städten und Gemeinden richtig zuhört, lernt man schnell: Es geht ihnen sehr schlecht – so schlecht, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einen unüberhörbaren und einmaligen Hilferuf an den Ministerpräsidenten gerichtet haben.

Dieser Brandbrief spricht Herausforderungen und Probleme an, denen sich unsere Kommunen von Bund und Land ausgesetzt sehen – ich möchte betonen: von Bund und Land. Bitte sehen Sie daher heute von den ewigen Rufen nach dem Bund oder nach Berlin ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den regierungstragenden Fraktionen, wir kennen diese Rufe zu Genüge. Das ist alles zugestanden. Sie können aufhören, diese Nebelkerzen zu werfen.

Ich möchte Sie an eine wichtige Tatsache erinnern: Wir sind der Landtag von Nordrhein-Westfalen, und Sie stellen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Wir haben hier im Land nicht nur eigene Kompetenzen, Zuständigkeiten und Verantwortung, wir haben auch einen eigenen Gestaltungsanspruch. Zumindest wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben diesen Anspruch an unser Land.

(Beifall von der SPD)

Um dem gerecht zu werden ...

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin, entschuldigen Sie, dass ich Sie kurz unterbreche. Es ist nicht nur mein Empfinden, sondern hier oben insgesamt die Wahrnehmung, dass es unruhig ist. Das betrifft so ziemlich alle Fraktionen inklusive Regierungsbank. Ich bitte Sie doch, der Rednerin Gehör zu schenken, damit wir dann alle ...

(Zurufe – Heiterkeit)

**Ellen Stock** (SPD): Dann lernen Sie noch was dazu.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Dass ich jetzt noch für Unruhe Sorge mit meinem Wortbeitrag ...

(Christian Dahm [SPD]: Es ist doch keiner da!)

– Aber es sind so viele auf der Regierungsbank, dass man sich unterhalten kann. Ich bitte, die Gespräche einzustellen und ausschließlich der Debatte Gehör zu schenken. – Bitte schön.

**Ellen Stock** (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Ich bin multitaskingfähig: Ich kann zuhören, was auf der Regierungsbank erzählt wird, und meine eigene Rede halten. Vielen Dank für den Hinweis.

(Beifall von der SPD)

Um dem gerecht zu werden, müssen Sie endlich handeln. Sie lassen die Kommunen am langen Arm verhungern. Sie kennen die unzähligen Schreiben aus den Kommunen. Sie kennen die unzähligen Resolutionen. Sie werden wahrscheinlich genauso zahlreich von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern angesprochen wie wir.

Wie hilft Ihr Fingerzeig nach Berlin den Städten und Gemeinden? Wie hilft Ihr Fingerzeig den Menschen und unseren Städten und Gemeinden? Ich sage es Ihnen: Er hilft gar nichts. Das ist, mit Verlaub, Arbeitsverweigerung, was Sie hier praktizieren.

(Beifall von der SPD)

Es ist Arbeitsverweigerung auf den Rücken der Kommunen und Arbeitsverweigerung auf Kosten der Menschen hier in diesem Land. Bitte sparen Sie sich auch die wohlfeilen Sätze dazu, wie wichtig unsere Kommunen sind. Das ist alles nichts wert, wenn Sie nicht bereit sind, wirklich etwas zu tun.

Wenn in Niederkassel die psychologische Grenze von 1.000 Punkten bei der Grundsteuer B überschritten wird, ist das ein Alarmsignal. Niederkassel hat einen Hebesatz von 1.100 Punkten beschlossen. Wir haben Sie sehr wohl erlebt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wie sehr Sie sich hier aufgeregt haben, als Bergneustadt knapp unter 1.000 Punkte erreicht hat.

(Christian Dahm [SPD]: Das stimmt!)

In Alfter ist sogar ein noch höherer Satz im Gespräch. Die psychologische Grenze ist gerissen – unter Ihrer Verantwortung. Unter Ihrer Verantwortung hat fast ein Drittel aller Kommunen die Hebesätze im vergangenen Jahr erhöht. Viele müssen unter Ihrer Verantwortung noch mit viel höheren Sätzen planen. Das sind Ihre Steuererhöhungen. Darüber helfen auch keine Selbstzuschreibungen hinweg. Sie tragen die Verantwortung.

Sie können das auch ändern. Wir haben dazu mehrere Vorschläge eingebracht, aber Sie wollen das gar nicht. Da müssen Sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen: Sie sind kommunalfeindlich. Sie kommen den Menschen in Nordrhein-Westfalen teuer zu stehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Stock. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Frieling.

**Heinrich Frieling** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vier Worte sind eigentlich der Titel unseres Wahlprogramms, heute sind sie aber aktueller denn je: machen, worauf es ankommt.

(Beifall von der CDU)

Das steht dafür, Prioritäten zu setzen, Verantwortung zu übernehmen und für Stabilität zu sorgen. Das tun unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker jeden Tag. Dafür stehen wir als Zukunftscoalition, und dafür steht auch unser Haushalt für 2024.

Der Einzelplan des Ministeriums für Heimat und Kommunales und das Gemeindefinanzierungsgesetz schaffen Stabilität und Verlässlichkeit für unsere Kreise, Landschaftsverbände, Städte und Gemeinden. Gerade in herausfordernden Zeiten stehen wir zur Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kommunen. Wir unterstützen die, die Verantwortung in unserer Gesellschaft übernehmen.

Der CDU-Fraktion liegt das Heimatförderprogramm besonders am Herzen, für das wir auch 2024 wieder über 30 Millionen Euro bereitstellen werden. Damit fördern wir, was Menschen verbindet, und das ist heute mehr denn je gefragt.

(Beifall von der CDU)

Wir halten Wort bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die gesetzliche Abschaffung sichern wir mit 65 Millionen Euro finanziell ab. Natürlich fördern wir auch weiterhin die interkommunale Zusammenarbeit mit 6 Millionen Euro.

Klare Priorität hat für uns die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen auch in Krisenzeiten. Dafür stellen wir der kommunalen Familie im Gemeindefinanzierungsgesetz im kommenden Jahr mehr als 15,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist noch mal eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr.

Anders als die Bundesregierung – und das kann ich Ihnen nicht ersparen, Frau Stock; Sie wussten schon, warum das kommt: nämlich, weil es begründet ist –, die ihre politischen Ziele immer wieder auf Kosten des Steueraufkommens von Ländern und Kommunen finanziert, schmälern wir die Zuweisungen an die Kommunen nicht. Weil eine Beteiligung des Bundes nicht zu erreichen war, haben wir den Einstieg in die Altschuldenlösung um ein Jahr verschoben. Damit stehen die Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz den Kommunen im kommenden Jahr in voller Höhe zur Verfügung.

Aber, Frau Stock – Sie haben das gerade angesprochen –, nicht alles kann dieses GFG leisten. Es kann vor allem nicht die Löcher stopfen, die Berlin immer wieder in den kommunalen Haushalten reißt.

(Christian Dahm [SPD]: Och!)

In der Kommunalpolitik sind die Sorgen groß, dass die Bundesregierung weiter die Axt an die kommunalen Steuereinnahmen legt, wie sie es zuletzt auch mit dem gestoppten Wachstumschancengesetz versucht hat. Und das gilt jetzt umso mehr, da ja mittlerweile sogar gerichtlich festgestellt worden ist, dass der Doppel-Wumms von Olaf Scholz nur eine Platzpatrone ist.

(Beifall von der CDU – Christian Dahm [SPD]:  
Vorsicht! Vorsicht an der Bahnsteigkante! Vorsicht!)

Besonders bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen lässt der Bund die Länder, Städte und Gemeinden im Stich.

Wir verschließen die Augen nicht vor der Überlastung der Kommunen. In Nordrhein-Westfalen stehen Land und Kommunen zu ihrer Verantwortungsgemeinschaft. Um die Kommunen zu unterstützen, mobilisieren wir alle Kräfte. Noch in diesem Jahr stellen wir den Kommunen zusätzliche 808 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zur Verfügung. Insgesamt geben wir als Land mittlerweile für jeden Euro, den der Bund gibt, drei Euro an die Kommunen. Außerdem haben wir zugesagt, bis Anfang 2024 weitere 3.000 Plätze in Landesunterkünften zu schaffen.

(Beifall von der CDU)

Das alles wird aber das Problem nicht lösen. Der Bund muss – auch wenn Sie es nicht hören wollen, Frau Stock – Verantwortung übernehmen und den Zuzug wirksam auf die Menschen begrenzen, die auch wirklich ein Recht auf Asyl haben und einen Schutzstatus erwarten können.

(Angela Freimuth [FDP]: Ich dachte, wir schaffen das!)

Für uns in NRW gilt: Wir übernehmen Verantwortung, setzen Prioritäten und stehen fest an der Seite unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Kommunen. Wir machen, worauf es ankommt.

Wir stimmen dem Einzelplan zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnetenkollege Herr Wedel das Wort.

**Dirk Wedel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 hat gezeigt, dass die preisbereinigt seit 2020 stagnierende Verbundmasse angesichts der besonderen Herausforderungen für die Kommunen, beispielsweise durch die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen, den

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, die Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmeplanungen sowie steigende Zinslasten, nicht ausreicht. Alle kommunalen Vertreter haben die in dem Verbundsatz von 23 % beim bundesweit höchsten Kommunalisierungsgrad zum Ausdruck kommende unzureichende Finanzausstattung der Kommunen kritisiert.

Die Landesregierung trägt dem nicht nur keine Rechnung, sondern greift nach jedem Strohalm, um ihren strukturell defizitären Haushalt 2024 formal auszugleichen. Um es mit dem Sachverständigen Dr. Busch zu sagen – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Dass die Landesregierung eine ‚robuste Verfassung‘ auf kommunaler Ebene erkennt, dient wohl vor allem der Begründung, jetzt die Rückführung der Corona-Kreditierung mit 30 Mio. Euro Vorwegabzug zu beginnen, ist aber keine zielführende Lagebeschreibung.“

Herrn Sachverständigen Murrack gebührt das Verdienst, nochmals an die Versprechungen von Frau Ministerin Scharrenbach im Rahmen der Beratungen des GFG 2022 erinnert zu haben, mit der Rückzahlung der Kreditierung erst zu beginnen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung es wieder zulässt.

Aber das ist ja wohl Schnee von gestern, Frau Ministerin, wenn Ihnen dazu nach einem Minuswachstum in diesem Jahr eine Wachstumsprognose des RWI von 0,8 % für 2024 ausreicht, die obendrein noch von den Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalen bezweifelt wird.

(Beifall von der FDP)

Für den Verzicht auf die Umsetzung der zweiten Stufe in der Differenzierung der fiktiven Hebesätze fehlt es weiterhin an einer schlüssigen Begründung. Der Städte- und Gemeindebund spricht zutreffend von Scheinbegründungen.

Zudem hat es Sie, Frau Ministerin Scharrenbach, auch nicht davor bewahrt, dass acht kreisfreie Städte vor etwa einer Woche nunmehr auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 vor dem Verfassungsgerichtshof angreifen.

Übrigens: Die Forstpauerschale gehört immer noch nicht ins GFG. Und Karthago muss zerstört werden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Was den Einzelplan 08 in den Bereichen „Heimat“ und „Kommunales“ angeht, wurde die Mehrzahl der Titel einfach überrollt, und zwar völlig unabhängig von der Ausgabenentwicklung und den Bedarfen. Aus zeitlichen Gründen beschränke ich mich heute auf ein Beispiel.

Von den sächlichen Verwaltungsausgaben für interkommunale Zusammenarbeit wurden bei einem

Ansatz von 1,4 Millionen Euro bis zum 30. September gerade einmal 70 Euro ausgegeben. Trotzdem sollen natürlich auch 2024 wieder 1,4 Millionen Euro veranschlagt werden. Die Erklärung des Beauftragten des Haushalts im Ausschuss war dann auch entlarvend: Man müsse ja auch noch die globale Minderausgabe erwirtschaften.

Mit Wirtschaftlichkeit – Stichwort „Bodensatztheorie“ – hat das alles nur sehr wenig zu tun, mit Haushaltswahrheit und -klarheit auch nicht.

(Beifall von der FDP)

Eine gute Nachricht ist hingegen, dass in der Titelgruppe zur Förderung von beitragspflichtigen Straßenausbaumaßnahmen mit in den vergangenen Jahren angesammelten 156 Millionen Euro ausreichend Selbstbewirtschaftungsmittel zur Verfügung stehen, um nach bayerischem Vorbild einen Härtefallfonds für Straßenausbaumaßnahmen einzurichten, die vor 2018 beschlossen wurden oder in Ermangelung eines gesonderten Beschlusses spätestens im Haushalt 2017 standen.

(Beifall von der FDP)

Da die Landesregierung uns mit Vorlage 18/1644 vom 20. September 2023 mitgeteilt hat, dass davon ausgegangen werden kann, dass das Volumen der zukünftig entfallenden Straßenausbaubeiträge bei bis zu 50 Millionen Euro im Jahr liegen wird, im Haushalt 2024 aber 65 Millionen Euro dafür bereitgestellt werden, werden diese Selbstbewirtschaftungsmittel auch nicht anderweitig benötigt.

(Beifall von der FDP)

Auch an anderer Stelle werden Selbstbewirtschaftungsmittel gehortet, ohne dass ersichtlich wäre, dass diese demnächst ihrer Zweckbestimmung gemäß verausgabt werden würden, so zum Beispiel 320.000 Euro beim aktuell wohl nicht mehr bewirtschafteten Titel für sächliche Verwaltungsausgaben der Ruhr-Konferenz oder 3,3 Millionen Euro in der Titelgruppe „Heimat“.

Wie bereits im letzten Jahr ist festzustellen, dass weder das Gemeindefinanzierungsgesetz noch die Ansätze für Kommunales im Einzelplan 08 geeignet sind, die ernste Lage der Kommunen zu verbessern, und wir dementsprechend beides ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Dr. Korte das Wort.

**Dr. Robin Korte (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen im Bereich „Kommunales“

unterscheiden sich ein Stück weit von den Beratungen der anderen Fachbereiche. Bei uns wird nur vergleichsweise wenig Geld über den Einzelplan des Ministeriums verteilt. Die viel größeren Summen laufen über das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Insofern geben die wenigen Kapitel und Haushaltstitel aus dem Einzelplan 08, die wir an dieser Stelle besprechen, auch nur wenig Anlass für intensive Haushaltsdebatten. Dennoch lässt sich sagen: Im Bereich „Kommunales“ des Einzelplans 08 ist etwas Wichtiges gelungen, was in den wenigsten Einzelplänen gelungen ist: Die Haushaltsmittel bleiben trotz der immens schwierigen Haushaltslage erhalten und stabil. – Das ist in schwierigen Zeiten ein wichtiges Zeichen in Richtung der Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Zwei inhaltliche Punkte aus unseren Haushaltskapiteln möchte ich hier kurz exemplarisch benennen; denn sie zeigen, dass diese Landesregierung auch in schwierigen Zeiten Kurs hält und dass sie zu ihren Worten steht.

So stellen wir – erstens – mit diesem Haushalt die notwendigen Mittel für die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge dauerhaft zur Verfügung. Damit halten wir – zusammen mit dem inzwischen vorliegenden Gesetzentwurf und diesen Mitteln – unsere Zusagen ein: unsere Zusage gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die damit die volle Rechtssicherheit erhalten, und unsere Zusage gegenüber den Kommunen, die sich langfristig auf einen Ausgleich ihrer wegfallenden Einnahmen verlassen können.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ebenso – das ist der zweite Punkt – ist es in diesen Zeiten ein Erfolg, dass die Mittel für die interkommunale Zusammenarbeit vollständig erhalten bleiben. Wir haben vor einigen Wochen hier gemeinsam beschlossen und diskutiert, die Förderung von sogenannten Shared Service Centern in den kommenden Jahren verstärkt in den Fokus zu nehmen.

Frau Stock, ich erinnere mich noch daran, dass gerade Sie vor einigen Wochen eine sehr flammende Rede für die interkommunale Zusammenarbeit gehalten haben.

(Ellen Stock [SPD]: Gutes Gedächtnis!)

Insofern müssten auch Sie es gut finden, dass dieser Haushalt die Grundlage dafür weiterhin erhält und nicht kürzt, damit wir diesen Weg in Zukunft weiter gemeinsam gehen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Deswegen bricht bei uns kein Jubel aus!)

Nun zum Gemeindefinanzierungsgesetz: Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind auf die Zuweisungen aus diesem Gesetz angewiesen. Da ist es natürlich ein Problem, dass sich die viel zu knappen Finanzen der öffentlichen Haushalte auch im Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2024 bemerkbar machen.

Wir müssen so ehrlich sein und uns eingestehen, dass der geringe Aufwuchs im GFG im Vergleich zum Vorjahr natürlich die Mehrkosten, vor denen die Kommunen unter anderem durch die Inflation stehen, nicht ansatzweise auffängt. Die Situation läuft damit parallel zum Haushalt des Landes, der ja selbst wegen geschrumpfter Steuerprognosen vor enormen und immensen finanziellen Herausforderungen und Sparzwängen steht.

Die politische Hauptverantwortung für diese desaströse Finanzlage von Ländern und Kommunen – das muss an dieser Stelle gesagt werden – liegt aber nicht hier im Düsseldorfer Finanzministerium, sondern in Berlin.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Denn wer sich inmitten einer wirtschaftlichen Krise und bei enormen gesellschaftlichen Investitionserfordernissen mit einer wachstums- und investitionsfeindlichen Schuldenbremse selbst fesselt und darüber hinaus zugleich auch noch Steuersenkungen – vor allem für Gutverdienende – auf den Weg bringt, der erweist am Ende unserer staatlichen Handlungsfähigkeit – auf allen Ebenen: Bund, Länder und Kommunen – einen Bärendienst –

(Beifall von den GRÜNEN)

und nicht zuletzt auch unserer Demokratie. Denn wenn in diesen Zeiten Kommunen vor der Entscheidung stehen, dass sie ihre Schwimmbäder oder ihre Jugendhilfeeinrichtungen schließen müssen, dann ist das ein Brandbeschleuniger für Demokratiefrost. Dann ist das Wasser auf die Mühlen der Rechten, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vor dem Hintergrund dieser immensen Herausforderungen bin ich froh, dass sich diese Landesregierung nicht an den schrillen Tonlagen, die wir in Berlin in Regierung und Opposition derzeit ja mitunter gewohnt sind, beteiligt, sondern dass diese Landesregierung alles in ihrer Macht Stehende tut, um die Kommunen in unserem Land, so gut es geht, zu stabilisieren und zu unterstützen.

Dafür stellen wir das Gemeindefinanzierungsgesetz ab diesem Jahr auch strukturell besser auf und sorgen so dafür, dass die Finanzmittel, wenn sie schon zu knapp sind, wenigstens fair und nach bestem Wissen – nämlich auf Basis einer aktuellen Datengrundlage – verteilt werden. Deshalb ist es gut, dass

dieses GFG endlich wieder auf Basis einer vollständigen Grunddatenaktualisierung aufgestellt wird und dass zugleich der Beschultenansatz zukünftig auch die Zahl der OGS-Schülerinnen und -Schüler berücksichtigt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassen: Eine Lösung für die absolut gravierenden und realen Probleme der Finanzen unserer Städte und Gemeinden – für ihre strukturelle Unterfinanzierung und vor allem auch für ihre Überforderung durch nicht ausreichend gegenfinanzierte Aufgabenzuwächse – kann dieses GFG alleine nicht liefern. Dafür braucht es eine grundsätzlich andere, verantwortungsvolle Fiskalpolitik auf Bundesebene. Vor allem braucht es einen neuen Konsens über die Finanzverhältnisse von Bund, Ländern und Kommunen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Diesen Konsens erreichen wir nicht in einem Überbietungswettbewerb der schrillen Töne, sondern in Ruhe und Verantwortung auch in schwierigen Zeiten. Genau davon zeugen dieser Haushalt und dieses GFG. Deshalb können wir ihm gut zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Tritschler.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat mit Übernahme der Landesregierung 2017 angefangen – zumindest dem Namen nach –, sogenannte Heimatpolitik zu machen, und auch gleich noch eine Ministerin dafür benannt.

Beides – das Etikett und die Ministerin – haben nun den Koalitionswechsel überdauert. Auch wenn es hier im Haushalt einen kleineren Anteil hat, will ich an dieser Stelle einmal über die vermeintliche Heimatpolitik der CDU sprechen. Denn über Kommunalfinanzen haben wir ausführlich gesprochen und machen das heute noch anderer Stelle.

Wir wissen ja, dass die Leute bei der CDU Politprofis sind. Es sind also Leute, die auch schlechte Politik gut verkaufen. Sie werden sich bei der Besetzung dieses Begriffs irgendetwas gedacht haben.

Der Rheinländer denkt bei Heimat an Karneval. Andere denken an Schützenfeste oder an den Ort, wo man aufgewachsen ist, wo man zum ersten Mal verliebt war, wo man seine Jugend verbracht hat. Für

die allermeisten Menschen ist Heimat etwas durchweg Harmloses und Schönes und, wenn man nicht da ist, oft auch ein Ort der Sehnsucht. Ich finde, Herder hat es am besten beschrieben, als er sagte:

„Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss.“

Für viele Menschen im Land ist diese Heimat aktuell in Gefahr, und zwar aus zahlreichen Gründen. Da ist ein politisch herbeigeführter wirtschaftlicher Niedergang. Da ist eine planmäßig und rücksichtslos durchgesetzte Zerstörung unserer Familien. Da ist ein Staatswesen, das in der Erfüllung seiner Kernaufgaben – Infrastruktur, Bildung, Sicherheit – zunehmend an ein Entwicklungsland erinnert. Dann ist da eine Politik, die es seit Jahrzehnten darauf anlegt oder es zumindest billigend in Kauf nimmt, dass die autochthone Bevölkerung dieses Landes marginalisiert wird.

Deshalb ist es so perfide, wenn ausgerechnet die CDU, die Partei, die unter Merkel mehr von unserer Heimat zerstört hat, als unter irgendeinem anderen Kanzler dieser Republik zerstört wurde, sich den Begriff „Heimat“ auf die Fahne schreibt.

(Beifall von der AfD)

Schließlich ist es – um ein paar Beispiel zu nennen – ein CDU-Bürgermeister, der im letzten Jahr hier in unserer Landeshauptstadt arabische Straßenschilder hat aufhängen lassen. Ein anderer CDU-Bürgermeister ließ in Köln eine Großmoschee errichten, und zwar mit dem Versprechen, dass dort nie ein Muezzin rufen würde. Das Versprechen ist inzwischen übrigens gebrochen. Überdies treten dort Talibanführer auf, wie wir gerade in der Zeitung lesen durften.

Das ist es also, was man bei der sogenannten Christlich Demokratischen Union unter Heimat versteht. Das zieht sich dann auch durch das Heimatförderprogramm der Landesregierung.

Man verleiht zum Beispiel den sogenannten Heimatpreis an Decolonize Wuppertal. Selbstbeschreibung – ich zitiere –:

„Wuppertal hat eine Kolonialgeschichte, die bis heute nachwirkt. Viele Wuppertaler:innen fühlen sich dadurch betroffen.“

Ich weiß nicht, ob diese Behauptung einer repräsentativen Befragung standhielte. Aber für so etwas gibt es Geld von unserer Landesregierung.

Ebenfalls gefördert, auch in Wuppertal, wurde das Frauennetzwerk kraftvoll, das zum feministischen Kampftag, zur Tanzdemo, aufrief.

(Ellen Stock [SPD]: Ja, gute Sache!)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich weiß nicht, ob Sie in letzter Zeit mal in Wuppertal waren. Glauben Sie wirklich, das sei es, was Wuppertal aktuell am meisten braucht? Glauben Sie wirklich, das

sei Heimat? Gerade Wuppertal ist doch ein Musterbeispiel für den Untergang von Heimat, für Parallelgesellschaften, für ganze Stadtviertel, die kaum noch an Heimat erinnern. Das ist symptomatisch für den Etikettenschwindel, den die CDU mit ihrer vermeintlichen Heimatpolitik betreibt.

Wenn Sie unsere Heimat tatsächlich erhalten wollen, dann hören Sie zuallererst mit einer Migrationspolitik auf, die genau diese Heimat zerstört, meine Damen und Herren. Schützen Sie unsere Grenzen, führen Sie die Leute zurück, die hier nichts zu suchen haben, und bekämpfen Sie Parallelgesellschaften.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich tu dir schon nix!)

Das alles wäre Heimatpolitik, die den Namen verdient – nicht tanzende Feministinnen, nicht Decolonize Wuppertal und auch nicht eine Ministerin, die durchs Land gondelt und sich dafür feiern lässt, Schecks zu verteilen, die andere bezahlen müssen. Deshalb lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Für die Landesregierung hat nun Ministerin Scharrenbach das Wort.

**Ina Scharrenbach,** Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, Heimat in Nordrhein-Westfalen, das ist etwas ganz Besonderes.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Schon in Ekstase!)

Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland aus drei Teilen: dem Rheinland, Westfalen und Lippe.

(Zuruf von der SPD: Und Köln!)

Jeder dieser drei Landesteile hat eine ganz besondere Identität und Identifikation. Wir als Landesregierung tun gut daran, den Menschen nicht zu erklären, was Heimat ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich bin in diesem Land Nordrhein-Westfalen mit über 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern stolz darauf, dass es über die vergangenen Jahrzehnte hinweg gelungen ist, ein verbindendes Band zu schmieden. Ich sage Ihnen aus voller Überzeugung – das ist meine persönliche Auffassung und Meinung –: Ich liebe Schwarz-Rot-Gold. Und ich liebe Grün-Weiß-Rot. Das sind die Farben dieses Landes. Grün-Weiß-Rot steht für unsere drei Landesteile.

Sie werden repräsentiert, und zwar in einem demokratischen System – von Menschen, die dieses System, die freiheitliche demokratische Grundordnung unserer Republik, nicht nur verinnerlicht haben,

sondern auch darauf geschworen haben, diese freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen. Egal ob CDU, SPD, Grüne oder FDP: Wir verteidigen diese Grundordnung.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN, der FDP und Sarah Philipp [SPD])

Wir verteidigen diese Demokratie, weil wir wissen, dass Heimat etwas ist, was Menschen miteinander verbindet. Zugegebenermaßen ist das politisch viel schwieriger, als Menschen zu trennen. Menschen zu trennen, eine Gesellschaft zu trennen, ist viel einfacher, als dafür Sorge zu tragen, dass Menschen beieinanderbleiben – viel einfacher.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Angela Freimuth [FDP])

Deswegen ist das Förderprogramm der Landesregierung bzw. des Landes „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“ so viel mehr wert als das, was die Extremisten tun, um Menschen zu trennen und auseinanderzutreiben, um Disharmonie, Zwietracht und Neid zu säen, um letztendlich ihr Ziel zu erreichen, die freiheitliche demokratische Ordnung anzugreifen. Der Vorredner gehört einer Fraktion an, die nichts anderes im Sinn hat, als die freiheitliche demokratische Ordnung zu zerstören.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Christian Dahm [SPD]: So ist es! – Zuruf von der AfD: Lüge! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Sie verteidigen diese Ordnung nicht. Sie zerstören diese Ordnung.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe wie die anderen Abgeordneten auch und zudem als Mitglied der Landesregierung einen Eid auf diese Verfassung abgelegt.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Dann sind Sie eidbrüchig!)

Ich halte mich an diese Verfassung und diesen Eid. Ich verteidige diese Demokratie gegen Menschen wie Sie.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Das tun die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und FDP genauso. Wir verteidigen diese Demokratie, unser Zusammenleben, unser Verständnis und unsere Werte gegen Menschen wie Sie.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Lachen von der AfD – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Deswegen investieren wir in unsere Heimat in Nordrhein-Westfalen.

Diese Heimat in Nordrhein-Westfalen lebt nicht davon, dass sie eine politische Definition bekommt, wie Sie das vielleicht wollen: eine Heimat, die Menschen ausschließt, die Ihrem Weltbild nicht entsprechen.

Wir formulieren eine Heimat, die Menschen mitnimmt, die Menschen einschließt. Denn es kommt gar nicht darauf an, woher ein Mensch kommt und welchen Glauben, welche Sexualität, welche Religion oder welches Alter ein Mensch hat.

Der feste Glaube an und das Vertrauen auf unser Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

das den Menschen in den Mittelpunkt stellt – darauf und auf nichts anderes kommt es an, wenn wir Heimat in Nordrhein-Westfalen fördern. Zugleich geht es um das, was Menschen in unserem Land, in Nordrhein-Westfalen, verbindet.

Dieses Land ist ein gutes Land. Dieses Land ist ein schönes Land. Das werden Sie mit Ihrer all Ihrer Untergangsrhetorik, getrieben von Russland und wem auch immer in dieser Welt, nicht zerstören. Denn die Menschen können auf die demokratischen Strukturen, auf die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und das, was wir mit Heimat verbinden, vertrauen.

(Andreas Keith [AfD]: Ja?)

Heimat ist das, was Identifikation und Identität bedeutet, was eine Liebe zu diesem Land bedeutet: zu Grün-Weiß-Rot. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Zuruf von Andreas Keith [AfD] – Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Keine Zwischenrufe! – Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU] – Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Schluss der Aussprache zu Teil a), Kommunales und Heimat, im Einzelplan 08.

Ich rufe auf:

## b) Bauen und Wohnen

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Abgeordnetenkollegin Frau Philipp das Wort.

(Beifall von der SPD)

**Sarah Philipp (SPD):** Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine